

(Minister Stratthaus)

Wir haben in den letzten anderthalb Jahrzehnten in vielen Einzelschritten die ertragsunabhängigen Bestandteile herausgenommen,

(Abg. Theurer FDP/DVP: Aus guten Gründen!)

soviel ich weiß, auch zusammen mit den Sozialdemokraten. Es hat einmal eine Lohnsummensteuer gegeben, die abgeschafft wurde.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig! – Zuruf des Abg. Schmid SPD)

Es hat bis vor kurzem die Gewerbekapitalsteuer gegeben; die hat man abgeschafft. Man hat früher die vollen Schuldzinsen angesetzt; das hat man abgeschafft.

Dann haben Sie vorhin, Herr Junginger, am Rande erwähnt, diese Zinsabgeltungsteuer würde mehr Geld bringen.

(Abg. Junginger SPD: Rückfließendes Kapital!)

Ich sage Ihnen: Sie bringt weniger und nicht mehr; es sei denn, es kommt zu Rückflüssen aus dem Ausland.

(Abg. Junginger SPD: Richtig!)

Das glauben aber auch nur Sie, dass wirklich Geld in großen Mengen aus dem Ausland zurückfließt.

(Abg. Junginger SPD: Lassen Sie sich überraschen! 25 Milliarden € werden erwartet!)

– Ich glaube das nicht. Aber gut, ich lasse mich überraschen.

Jetzt aber noch eine letzte Sache, auf die es mir hier ankommt: Bei der Körperschaftsteuer würde sich gegenüber dem bisherigen Zustand relativ wenig ändern. Der Körperschaftsteuersatz beträgt zurzeit 26,5 %. Je nach Hebesatz zahlen die Unternehmen im Allgemeinen 38 bis 39 % Körperschaft- und Gewerbesteuer. Die Gewerbesteuer würde weggenommen werden, und es könnte nun von der Wohnsitzgemeinde oder von der Sitzgemeinde dieser Körperschaft ein Zuschlag gemacht werden. Das wäre sehr einfach. Der Unterschied wäre lediglich: Bei der Gewerbesteuer ist bei der Bemessungsgrundlage noch die Hälfte der Schuldzinsen enthalten. Das wäre nicht mehr der Fall. Ansonsten gäbe es einen reinen Zuschlag. Das ist eine ganz einfache Sache; es würde sich gegenüber bisher relativ wenig ändern.

Komplizierter – und das als letzter Gedanke – wird es in der Tat bei der Einkommensteuer. Denn die Einkommensteuerzahler, die gleichzeitig Gewerbesteuer zahlen, können die ja in vielen Fällen zu 100 % bei ihrer Einkommensteuer absetzen.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Sie zahlen zwar in vielen Fällen – nicht in allen – Gewerbesteuer, tragen sie aber nicht. Wenn wir heute die Gewerbesteuer abschaffen würden, würde das Aufkommen der Einkommensteuer steigen, und im gleichen Rhythmus könnte man die Einkommensteuer senken. Darauf käme dann erst der Zuschlag. Ich wollte einfach einmal dafür werben. So sind die Zusammenhänge.

Als Allerletztes: Es ist aus folgenden Gründen kein Ersatz von 100 %: Zu 100 % bekommt ein Einkommensteuerzahler, der gewerbesteuerpflichtig ist, seine Steuern nur erstattet, wenn er einen Grenzsteuersatz von über 50 % hat – das hat nicht jeder in der ganzen Breite – und wenn er nicht zum Beispiel durch Verluste aus Vermietung und Verpachtung oder aus anderen Gründen einfach nicht mehr genügend Substanz bei der Einkommensteuer hat, um die gesamte Gewerbesteuer abzusetzen. Aber in allen anderen Fällen – außer in diesen Fällen der Steuerüberhänge – würde im Grunde genommen durch die Abschaffung der Gewerbesteuer die Einkommensteuer steigen.

Ich bin deswegen – ich sage es noch einmal – ein vehementer Verfechter des Zuschlagsystems. Es wäre einfacher, es würde die kommunalpolitische Kultur steigern, es wäre stetiger. Wir sollten uns dafür stark machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Tagesordnungspunkt 3 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Anmeldungen von Straßenbauprojekten für den Bundesverkehrswegeplan durch die Landesregierung – Drucksache 13/1820

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Boris Palmer.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Boris, wenn du etwas über die B 29 sagst, komme ich heraus! – Gegenruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP: Machen Sie eine Ankündigung oder eine Drohung?)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Als letzte Woche der Referentenentwurf für den neuen Bundesverkehrswegeplan vorgestellt wurde, gab es vor allem eine Diskussion um Geld. Die SPD-Fraktion interpretierte den neuen Plan mit der Überschrift „Mehr Geld für Straßen“, die CDU-Landesregierung klagte darüber, dass nun zu wenig Geld für Straßen zur Verfügung stünde. Das ist ein interessanter Widerspruch, auf den ich zurückkommen werde. Für uns ist nur wichtig, dass die Diskussion um Geld das eine ist. Beim Straßenbau überhaupt nicht mehr über Umwelt zu reden zeigt, wie weit das Bewusstsein für ökologische Zusammenhänge mittlerweile bei den großen Fraktionen in diesem Haus in den Hintergrund getreten ist. Wir sind diejenigen, die dieses Thema als Einzige beim Straßenbau weiterhin beachten.

(Beifall des Abg. Kretschmann GRÜNE – Zurufe von der SPD, u. a. der Abg. Dr. Caroli, Göschel und Wintruff)

Es geht nämlich nicht nur um die Frage, wie viel wir uns finanziell leisten können. Es geht auch um die Frage, was wir

(Boris Palmer)

uns ökologisch noch leisten können. Wir sind als Grüne besonders stolz darauf, dass in der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans erstmals, bevor überhaupt gefragt wird, wie ein Plan aussieht, schon eine ökologische Prüfung erfolgt. Zuerst kommt die Umweltrisikoeinschätzung, dann wird über den Bedarf entschieden, und erst danach wird über Straßenbau gesprochen. Bisher war es ja so, dass man zuerst sagte: „Wir brauchen die Straße“, und dann überlegte man, ob man rechts oder links am Biotop vorbeifährt.

Zu den Finanzen. Die Landesliste hat alles in allem einen Umfang von 7,9 Milliarden €. Das ist völlig maßlos, Herr Minister Müller. 7,9 Milliarden €, das heißt, bezogen auf die Laufzeit des Plans, 500 Millionen € pro Jahr – fast doppelt so viel, wie Sie von der Regierung Kohl in den besten Jahren bekommen haben. Sie glauben wohl im Ernst selber nicht, dass das der heutigen Haushaltslage entspricht.

Im Übrigen ist es auch völlig inakzeptabel, dass zwar überall gespart werden soll – bei den Sozialpsychiatrischen Diensten, bei den Arbeitslosen, bei der Schulsozialarbeit –, nur beim Straßenbau fordern Sie immer mehr hinzu.

Was die Bundesliste angeht: Die hat nun den großen Vorteil, dass sie im Gegensatz zu Ihrem Märchenbuch einen realistischen, finanzierbaren Plan vorgibt: 5,8 Milliarden € im Vordringlichen Bedarf. Ich will aber hinzufügen, dass es nicht sehr seriös ist, diese Zahl, wie es hier in einer Grafik der SPD-Fraktion geschehen ist, mit den Istzahlungen der letzten zehn Jahre zu vergleichen. Denn natürlich ist eine Bedarfsszahl nicht identisch mit der mittelfristigen Finanzplanung. Wir gehen davon aus, dass in den nächsten Jahren etwa 250 Millionen € pro Jahr für Straßenneubau zur Verfügung stehen. Alle Zahlen, die darüber hinausgehen, sind nicht sonderlich realistisch.

Man muss sich, glaube ich, entscheiden: Wenn man sagt, dieser Bundesverkehrswegeplan sei realistisch finanziert, dann kann man nicht behaupten, die Mittel verdoppelten sich fast, sondern dann muss man sagen: Dieses Jahr sind es etwa 210 Millionen €. Die Bundesregierung wird diesen Betrag moderat auf 250 Millionen € erhöhen. Dann ist es realistisch, aber darüber hinaus nicht.

Wir, Rote und Grüne, können in Baden-Württemberg schon stolz darauf sein, dass es gelungen ist, den Anteil von Baden-Württemberg sowohl beim Straßenbau als auch insbesondere bei der Schiene zu erhöhen. 11,3 % waren es bisher beim Bundesfernstraßenbau, in Zukunft sind es 12 %. Dieses Geld werden wir gut anlegen, weil wir damit Tunnelprojekte wie in Freiburg oder in Tübingen auf diese Art und Weise finanzieren können, die wir sonst nicht bezahlen könnten.

Es ist – das will ich ausdrücklich hervorheben – bei dieser Differenz zwischen Wunsch und Wirklichkeit ein Kraftakt gewesen, über 2,4 Milliarden € aus der Wunschliste des Landes zu streichen.

Wir haben eine Reihe von Projekten, die weder in die Landschaft noch in die Haushalte passen, aus dem Bundesverkehrswegeplan herausgenommen: die Filderauffahrt, den Nordoststring hier in Stuttgart, den überzogenen, weil durch das Verkehrsaufkommen nicht gerechtfertigten Ausbau der

A 5 und der A 6 auf sechs Spuren. Die A 96 ist faktisch zu den Akten gelegt. Dort wird eine zweispurige Straße gebaut.

(Unruhe)

Zahlreiche Freiraumzerschneidungsprojekte sind erledigt, und autobahnparallele Bundesstraßen werden nicht weiter ausgebaut.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: „Erledigt“ ist das richtige Wort!)

Wir mussten einige Kröten schlucken, die noch auf die Ära Kohl zurückgehen. Bis zum Jahr 2007 werden wir ja überwiegend abwickeln, was Sie uns hinterlassen haben. Danach wirkt die Korrektur der Straßenbaufixierung der Landesregierung.

In diesem Zusammenhang – ich hoffe, Sie freuen sich darüber – will ich auch der SPD-Fraktion ein Kompliment machen. Denn ich weiß, dass es einen Unterschied macht, ob man als Ökologiefraktion Straßenbauprojekte, die oft vor Ort gewünscht werden, ablehnt oder ob man sich als Fraktion, die mit solchen Wünschen auch innerhalb der eigenen Reihen konfrontiert ist, im Sinne der Ehrlichkeit und Klarheit gegenüber den Bürgern auch einmal dazu durchringt, ein Projekt fallen zu lassen. Kompliment dafür an Sie!

Was allerdings die CDU angeht: Sie haben sich ja zu nichts anderem durchringen können, als weiterhin alles zu fordern, ohne Rücksicht auf die Finanzierung.

(Abg. Scheuermann CDU: Quatsch!)

Manche Straßen fordern Sie ja schon länger, als ich lebe, und dabei versprechen Sie jedes Jahr: Nächstes Jahr wird realisiert.

(Abg. Seimetz CDU: Das wird durch Wiederholungen nicht wahrer! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Nehmen Sie doch einmal von diesen unrealistischen Forderungen Abschied.

Was uns angeht: Wir freuen uns, dass dieser Bundesverkehrswegeplan wirklich auf Nachhaltigkeit bedacht ist, dass Schwerpunkte bei Umweltschutzprojekten gesetzt werden, dass in Zukunft der Erhalt dem Neubau vorgeht. 60 % der Investitionsmittel fließen in den Erhalt, 40 % in den Neubau.

Vor allem freuen wir uns, dass wir bei den Schienenwegen in Baden-Württemberg besser abschneiden, als wir das selbst vermutet hatten. Fast 20 % der Bundesschienenwegeinvestitionen werden nach Baden-Württemberg fließen, wenn man diesen Plan zum Maßstab nimmt. Jetzt geht es nur noch darum, dafür zu sorgen, dass mit dem Geld kein Unsinn gebaut wird, also nicht ein teurer Tiefbahnhof in Stuttgart und nicht ein sinnloses Projekt wie der Bypass in Mannheim.

(Beifall bei den Grünen)

Aber die Voraussetzungen seitens des Bundes sind hervorragend.

(Boris Palmer)

Ich fasse zusammen: Entgegen den noch zu erwartenden heftigen Attacken der beiden Regierungsfraktionen hier im Land handelt es sich nicht um Ideologie. Es wird auch nicht gekürzt. Im Gegenteil, es gibt unter grüner Regierungsbeteiligung sogar mehr Geld für Straßenbau, als Sie selbst vorgesehen hatten und als Sie selbst hätten finanzieren können.

Es ist schlicht und ergreifend so, dass wir uns auf das Notwendige und auf das Bezahlbare beschränken und ökologisch Unsinniges nicht weiterverfolgen. Diese Neuerungen im Bundesverkehrswegeplan sind ein großer Fortschritt. Ich kann nur an Sie appellieren, Ihre Verweigerungshaltung, die Sie ein halbes Jahr praktiziert haben, indem Sie zuerst gar keine eigene Prioritätenliste vorlegten und nun an Ihrer Liste, die schlicht und ergreifend um über 2 Milliarden € zu lang ist, unbeirrt festhalten wollen, aufzugeben und tatsächlich selbst einmal darzulegen, welche Projekte für Sie vordringlich sind, wenn Sie die Prämisse des Bundes, dass dieser Verkehrswegeplan bis 2015 und eben nicht bis 2023 läuft, einfach einmal akzeptieren und nicht eigenmächtig und eigenwillig ändern.

(Beifall bei den Grünen sowie des Abg. Kaufmann SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Voßschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Scheuermann.

Abg. Scheuermann CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Palmer, mit dem, was Sie zur Bahn im Entwurf des Bundesverkehrswegeplans gesagt haben, kann ich mit Ausnahme Ihrer Äußerung zu Stuttgart 21 einverstanden sein. Damit muss ich mich auch nicht beschäftigen.

Ich glaube, wir können unter dem Strich sagen: Bei der Bahn sind wir in diesem Entwurf unseren Vorstellungen gemäß weggekommen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Danke!)

Jetzt gilt das Gleiche, was bei der Straße auch gilt: Hoffentlich kann man das, was in Mark und Pfennig für die Bahn im Bedarf steht, im Lauf der Jahre auch tatsächlich realisieren.

(Abg. Birzele SPD: Euro und Cent!)

– Bitte?

(Abg. Birzele SPD: Euro und Cent!)

– Euro und Cent, Entschuldigung. Vielen Dank.

Jetzt komme ich zur Straße. Da habe ich Sie allerdings nicht verstanden, Herr Kollege Palmer. Baden-Württemberg war wohl eines der ersten Länder, das einen Entwurf für einen Bundesfernstraßenbedarfsplan vorgelegt hat, was das Land Baden-Württemberg betrifft.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Und was für einen!)

Was Ihnen nicht gefällt: Dieser Entwurf umfasste 20 Jahre mit einem Jahresumfang von etwa 330 Millionen €. Warum sind wir auf 20 Jahre, und warum sind wir auf 330 Millionen € gegangen?

(Zuruf von der SPD: Das weiß niemand!)

Ganz einfach, um Projekt für Projekt nachzuweisen, dass wir in Baden-Württemberg einen Nachholbedarf haben, der nie und nimmer in zwölf Jahren befriedigt werden kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Birzele SPD: Kohl war 16 Jahre dran!)

Wenn wir hingestanden wären und gesagt hätten, in zwölf Jahren – –

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Deutsche Einheit!)

Herr Kollege Birzele, ich bestreite das doch gar nicht.

(Beifall des Abg. Birzele SPD)

Aber kann ich daraus wenigstens den Schluss ziehen, dass Sie mit mir der Meinung sind, dass wir einen Nachholbedarf haben?

(Abg. Birzele SPD: Ja!)

– Okay, dann sind wir uns ja einig; dann haben wir also einen Nachholbedarf.

(Zuruf von der CDU zur SPD: Hätten wir in den ganzen Jahren etwas anderes machen sollen? Dann hätten Sie gesagt: Da haben Sie nichts getan! Das ist eine unehrliche Argumentation!)

Das war der Hintergrund unseres Entwurfs.

Nun, Herr Kollege Palmer und meine Damen und Herren von der SPD, sind Sie alle über unseren Minister hergefallen und haben gesagt, seine Vorstellungen seien utopisch.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Voßschulte: Das Wort hat Herr Abg. Scheuermann.

Abg. Scheuermann CDU: Ich kann mich schon durchsetzen; keine Angst.

(Heiterkeit)

Sie sind über uns hergefallen und haben gesagt, unsere Vorstellungen seien utopisch und sie enthielten keine Prioritätensetzung.

(Zuruf von der SPD: Richtig!)

Mittlerweile sind Sie bei dem zweiten Grund zu Kreuze gekrochen oder mussten zu Kreuze kriechen,

(Abg. Zeller SPD: Überhaupt nicht!)

weil der mittlerweile vorliegende Entwurf des Bundesverkehrsministers auch keine Prioritätensetzung enthält.

(Zuruf von der SPD: Doch!)

– Nein, er enthält keine.

(Zurufe von der SPD)

(Minister Müller)

– nein, nein, in einer sehr überschaubaren Zeit –, wenn Sie Recht haben. Meine These heißt: Wir werden bis zum Jahr 2006 in keinem einzigen Jahr – das ist ein überschaubarer Zeitraum, es ist der Zeitraum dieser Legislaturperiode des Landtags von Baden-Württemberg – real auch nur annähernd an die 330 Millionen € herankommen.

(Widerspruch des Abg. Wintruff SPD)

– In keiner Weise. Deswegen biete ich Ihnen die Wette an: Wenn wir nur ein einziges Mal 330 Millionen € in diesem Zeitraum bekommen, dann gehen der Kollege Scheuermann und ich eine Woche zum Straßenbau. Wenn wir das nicht kriegen, dann gehen Sie zum Straßenbau.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der CDU, u. a.:
Bravo! – Als was? – Abg. Wintruff SPD: Dann gehen Sie im Büßerhemd nach Berlin!)

– Nein, nein. Dann drücke ich Ihnen die Schaufel in die Hand.

(Abg. Göschel SPD: Ich nehme die Wette an, allerdings –)

– Herr Göschel, Sie können nicht für den Herrn Drexler sprechen. Wie schauts aus? Nehmen Sie die Wette an, ja oder nein?

(Abg. Göschel SPD: Natürlich, allerdings unter der Prämisse, dass die Landesstraßenbauverwaltung in Baden-Württemberg nicht noch mehr gebeutelt wird!)

– Einverstanden.

Ich komme zum Schluss.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, Wetten sind hier relativ ungewöhnlich.

Herr Minister, darf Herr Abg. Blenke eine Zwischenfrage stellen?

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Ja.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte, Herr Kollege Blenke.

Abg. Blenke CDU: Herr Minister, haben Sie sich für den unwahrscheinlichen Fall, dass Sie diese Wette verlieren, schon Gedanken darüber gemacht, welche Tätigkeit Sie beim Straßenbau ausüben werden?

(Lebhafte Heiterkeit)

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Jawohl, ich werde das machen, was ich dann von den beiden Sozialdemokraten auch verlange: Wir gehen im ersten Vierteljahr, wenn Winter und Wahlkampf ist – da tut es besonders weh –, mit der Schaufel dorthin, wo man uns zutraut, dass wir keinen Schaden anrichten.

(Heiterkeit – Abg. Zeller SPD: Und was ist, wenn man Sie nicht brauchen kann?)

Ich will Ihnen mit der Wette nur signalisieren: Das, was Sie machen, ist Luftbuchung. Wir werden vielleicht 210, 220, meinetwegen 250 Millionen € kriegen – da stimme ich mit dem Kollegen Palmer überein –; das wäre schon eine bemerkenswerte Leistung. Aber die 330 Millionen, die Sie behaupten, unterstellen, die Sie den Leuten versprechen, sind ein leeres Versprechen, sind heiße Luft.

Kurz und klein, meine Damen und Herren:

Erstens: Sehr viel weniger Projekte als bei uns.

Zweitens: Sie haben ein Finanzierungsproblem, weil Sie die Maut nicht nehmen.

Drittens: Sie haben den Leuten etwas versprochen, was Sie nicht halten werden.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Boris Palmer.

(Lebhafte Unruhe)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich stelle zunächst mit Befriedigung fest: Der Begriff „Benachteiligung Baden-Württembergs“ ist weg, ist in der Debatte nicht mehr aufgetaucht. Dieser Mythos ist erledigt. Vielen Dank, dass Sie darauf verzichtet haben.

Herr Kollege Scheuermann, Ihre These, in Baden-Württemberg herrsche ein Nachholbedarf im Straßenbau, belegt ja erstens –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, private Unterhaltungen außerhalb des Plenarsaals zu führen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Sehr gut!)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Diese These belegt erstens, dass Sie immer noch mehr Straßen bauen wollen.

Zweitens frage ich Sie, wenn Sie aus Ihrer Sicht Recht haben: Woher kommt der Nachholbedarf? Ist der in 16 Jahren Regierungszeit Kohl aufgelaufen?

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Was die Prioritätenfrage angeht –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Palmer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schebesta?

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Bitte schön.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte sehr, Herr Abg. Schebesta.

Abg. Schebesta CDU: Herr Abg. Palmer, halten Sie die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit für einen Fehler?

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Manche Verkehrsprojekte Deutsche Einheit sind vierspurige Autobahnen im Nirwana, wo gar niemand fährt. Dort könnte man darauf verzichten. Aber wenn Ihre Frage lautet, ob ich einsehen würde, warum in den letzten Jahren weniger Geld nach Baden-Württemberg geflossen ist: Selbstverständlich. Im Gegensatz zu Ihnen habe ich das auch nie beklagt.

Was die Prioritäten angeht: Wir haben nie gefordert, dass eine innere Priorisierung in Form einer Nummerierung stattfinden solle. Unsere These ist nur: Wer eine Liste abgibt, die so lang ist, dass alles drin ist,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Da ist nicht alles drin! Sonst wäre sie doppelt so lang!)

der setzt keine Prioritäten. Und darauf bezieht sich mein Vorwurf. Das wollen Sie ja bis heute nicht ändern.

Im Übrigen ist es so: Wer den Leuten erzählt – 20, 25 Jahre lang –, dass eine Straße vordringlich sei, wer den Vordringlichen Bedarf so aufbläht, dass es ewig dauert, bis das realisiert wird, der sorgt für Politikverdrossenheit. Denn die Bürgerinnen und Bürger wollen nicht so lange erzählt bekommen, dass etwas in nächster Zeit realisiert wird.

Herr Kollege Göschel, ich bedanke mich für die Belegung mit dem Begriff „Traumtänzer“. Dazu zwei Bemerkungen. Sie haben das ja auf die A 5 bezogen.

(Abg. Göschel SPD: Ein sehr sympathischer Traumtänzer!)

– Danke schön.

Erstens: Wenn Sie mir vorwerfen, ich sei ein Traumtänzer, weil ich den sechsspurigen Ausbau einer Autobahn wenigstens an einer Strecke für nicht notwendig halte, nämlich an der einzigen, wo wir eine echte Chance haben, massiv auf die Schiene zu verlagern, weil wir dort viergleisig ausbauen und weil die Schweiz keine Lkw durchlässt –

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Anderswo werden wir es nicht schaffen, aber dort schon. Wenn wir wenigstens dort einmal auf den Autobahnausbau verzichten und auf die Schiene setzen, ist das keine Traumtänzerie, sondern nur der Beleg dafür,

(Unruhe)

dass wir Grünen tatsächlich die Einzigen sind, die noch auf Ökologie setzen. Und Ihr Lärm bestätigt es ja aufs Neue.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Palmer, gestatten Sie –

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Gleich. – Mein Traum ist bereits Wirklichkeit. Jedenfalls ist im Referentenentwurf der sechsspurige Ausbau der A 5 mit 250 Millionen € nicht

drin, dafür aber der Stadttunnel Freiburg. Das ist ein schöner Traum.

Bitte die Zwischenfrage.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Dr. Schüle.

Abg. Dr. Schüle CDU: Herr Kollege Palmer, wie bewerten Sie das Abstimmungsverhalten Ihres ehemaligen Fraktionsvorsitzenden Salomon bei der gestrigen Gemeinderatssitzung in Freiburg, wo er den sechsspurigen Ausbau der A 5 bis Neuenburg neuerdings befürwortete?

(Unruhe)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Kollege Schüle, das bewerte ich selbstverständlich, so wie es sich als Landespolitiker gehört, gar nicht. Da habe ich einem Oberbürgermeister nichts zu sagen.

Im Übrigen wissen Sie sehr genau,

(Unruhe)

dass ein Oberbürgermeister darauf achten muss, dass er mit den Partnern in der Region im Gespräch bleiben kann. Das führt gelegentlich zu Entscheidungen, die den eigenen Überzeugungen nicht hundertprozentig entsprechen müssen.

(Lebhafte Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Palmer, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Frau Abg. Berroth?

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ja, bitte schön.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte sehr, Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Kollege Palmer, ich kann nicht ganz nachvollziehen, wie Sie sich das mit der Bahn bei der A 5 vorstellen. Wenn Sie sagen, Sie wollten auf dieser relativ kurzen Strecke Straße durch Schiene ersetzen, wollen Sie dort einen Park-and-ride-Platz bauen für den Umstieg? Oder wie soll das funktionieren?

(Lachen des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Frau Kollegin Berroth, jetzt hören Sie doch einmal auf, Zwischenfragen zu stellen, die belegen,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist die erste Zwischenfrage, die ich stelle!)

dass Sie von der Sache nichts verstehen. In Mannheim gibt es einen Güterbahnhof, da gibt es ein Verladeterminale: Lkws so früh wie möglich rauf auf die Schiene und dann durch die Schweiz, durch die Alpentunnel! Damit fangen wir doch nicht erst in Offenburg an. Ich bitte Sie!

(Boris Palmer)

Herr Minister Müller, noch ein Wort zu Ihren Finanzierungsvorschlägen. Ihre Finanzierungsvorschläge sind ja nun wirklich seltsam. Sie sagen, die Lkw-Maut werde es schon richten. Hier im Parlament haben Sie verschwiegen, dass Sie dabei auch weg von der Schiene hin zur Straße umschichten wollen. Verzeihung, das machen wir jedenfalls nicht mit!

Das Zweite ist: Sie verschweigen auch, dass es eine Vignette gibt, deren Abschaffung und Ersetzung durch die Maut Einnahmeausfälle erzeugt. Das muss wohl im Bundeshaushalt kompensiert werden. Sie verschweigen, dass schon Waigel eingeplant hatte, den Bundeshaushalt aufgrund der Einnahmen aus der Lkw-Maut etwas aufzustocken. Dies wollen Sie nun Finanzminister Eichel verweigern in einer Zeit, in der Sie selbst bei den Ärmsten streichen: bei den Sozialpsychiatrischen Diensten, bei den Langzeitarbeitslosen und bei der Schulsozialarbeit. Ich bitte Sie! In welcher Welt leben Sie eigentlich? Straßen über alles!

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Finanziert das jetzt alles der Bund?)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags.

Ich gehe davon aus, dass Abschnitt I durch die Aussprache erledigt ist. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Wie wünschen Sie mit Abschnitt II zu verfahren?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Abstimmung bitte!)

– Abstimmung ist gewünscht. Wer Abschnitt II des Antrags Drucksache 13/1820 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Abschnitt II ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Damit ist der Antrag erledigt und Punkt 4 der Tagesordnung abgeschlossen.

Herr Abg. Birzele.

Abg. Birzele SPD: Frau Präsidentin, ich stelle den Geschäftsordnungsantrag, die Sitzung jetzt mit Rücksicht auf den vereinbarten Parlamentarischen Abend zu beenden. Bei Fortführung der Tagesordnung würden wir frühestens gegen 21:30 Uhr fertig werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Ich gehe davon aus, dass Ihr Antrag die erforderliche Mehrheit hat.

Herr Abg. Hauk.

Abg. Hauk CDU: Frau Präsidentin, die Fraktionen hatten sich darauf geeinigt, die Tagesordnung – wenn auch mit komprimierter Redezeit – im Wesentlichen abzuarbeiten. Herr Kollege Birzele, Sie haben im Präsidium freie Redezeiten beantragt. Wir haben heute eine Tagesordnung, bei der für drei Tagesordnungspunkte freie Redezeit vereinbart wurde. Die Konsequenz kann dann eben sein, dass das Parlament an einem Mittwoch einmal etwas länger tagt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Birzele SPD: Das kann nicht sein!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben sich auf die weitere Durchführung geeinigt. Dann verfahren wir so.

(Abg. Birzele SPD: Es liegt keine Einigung vor, die Sitzung zu beenden! Sie haben sich aber nicht geeinigt, in der Abwicklung der Tagesordnung fortzufahren! – Heiterkeit)

– Dann stimmen wir ab. Es ist der Antrag gestellt, die Sitzung abubrechen und die restlichen Tagesordnungspunkte auf morgen zu vertagen. Ich stelle diesen Antrag zur Abstimmung.

(Abg. Birzele SPD: Ich habe nicht beantragt, dass das morgen behandelt werden soll, sondern ich habe beantragt, die Behandlung der Tagesordnung für heute zu beenden!)

– Es ist lediglich eine Vertagung für heute beantragt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Zuruf von der CDU: Die SPD hat Hunger! Das ist alles! – Heiterkeit)

Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei überwiegenden Gegenstimmen ist der Antrag abgelehnt.

(Unruhe)

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 2. Dezember 2002 – Dreiundzwanzigster Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz – Drucksachen 13/1500, 13/1760

Berichterstatter: Abg. Bebber

Das Präsidium hat für die Aussprache fünf Minuten Redezeit je Fraktion, gestaffelt, festgelegt.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Dr. Lasotta.

Abg. Dr. Lasotta CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich allen gratulieren, die sich heute so erfolgreich in ihrer Redezeit beschränkt haben, dass wir es jetzt geschafft haben, kurz vor 20 Uhr Tagesordnungspunkt 5 aufzurufen.

Ich darf zum 23. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz kommen und in diesem Zusammenhang Herrn Zimmermann für seine Arbeit herzlich Glück und Erfolg wünschen. Das ist der erste Bericht, den Sie vorgelegt haben, Herr Zimmermann. Wir wünschen Ihnen Glück und Erfolg und bieten Ihnen eine konstruktive Zusammenarbeit an.

Ihr Bericht macht deutlich, dass der Datenschutz in unserem Land weiterhin Bedeutung behält, dass er auf Akzeptanz stößt und auch das Bewusstsein der Menschen dahingehend verändert hat, dass auf Datenschutzbelange entspre-